

Pensionsreform: LR Schaunig-Kandut fürchtet massive Benachteiligung der Frauen

Utl.: "Kärntner Frauenforum" verfasste Protestbrief an alle Mitglieder der Bundesregierung=

Klagenfurt (LPD) - Beim Kärntner Frauenforum, das Mittwoch Abend im Spiegelsaal der Kärntner Landesregierung die geplante Pensionsreform zum Inhalt hatte, wurde ein Brief an die Mitglieder der Bundesregierung mit einem heftigen Protest gegen die Gesetzesvorlage verfasst sowie eine Klage gegen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel besprochen. Soziallandesrätin Gabriele Schaunig-Kandut, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Helga Graftschaffer sowie Bestseller-Autorin Christine Bauer-Jelinek informierten über die Auswirkungen der Pensionsreform und mögliche "Machtstrategien für Frauen im Kampf gegen selbige".

Die Kärntner Frauen würden bei der Pensionsreform der Bundesregierung massive Benachteiligungen durch die eklatante Ausweitung des Durchrechnungszeitraums, die Anhebung des Pensionsalters und die Abschaffung der Frühpensionen erwarten, kritisierte Schaunig-Kandut. Keine Frau werde auf Grund ihrer Erwerbsbiografie - mit Berufsunterbrechungen, geringerem Einkommen und größerer Gefahr von Altersarbeitslosigkeit - mehr in den Genuss der vollen Pension kommen, weil es de facto für Frauen unmöglich sei, die volle Versicherungsdauer mit Vollerwerbszeiten zu erreichen, erklärte die Sozialreferentin und warnte vor "Altersarmut für große Bevölkerungsgruppen".

"Die Bundesregierung will, dass der Markt zur absoluten Größe wird. Das ist für Frauen fatal: auf der einen Seite bedeutet dies totale wirtschaftliche Liberalisierung und brutale Konkurrenz am Arbeitsmarkt, auf der anderen Seite gaukelt die Bundesregierung der Bevölkerung vor, Familien stärken zu wollen", meinte die Sozialreferentin. Parallel dazu sollen staatliche Aufgaben bei Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen zurück in die Familien übertragen werden. "Frauen hetzen somit zwischen MacJobs und unzureichenden Kinderbetreuungsangebot hin und her und müssen oft noch zusätzlich der Pflegeverpflichtung gegenüber älteren Angehörigen nachkommen", sagte Schaunig-Kandut weiters.

Die Pensionsreform koste volkswirtschaftlich mehr als sie einsparen soll, betonte Schaunig-Kandut. "Wenn die Durchrechnung auf 40 Jahre erhöht wird, werden Frauen noch weniger Kinder bekommen, da jede Berufsunterbrechung und jede Teilzeitarbeit zur Existenzgefährdung wird", so die Sozialreferentin. Das gelte für Männer und Frauen gleichermaßen. "Als Folge werden all diese Betreuungsleistungen am Ende institutionalisiert erbracht werden müssen, somit entsteht volkswirtschaftlich ein Vielfaches an Kosten", meinte Schaunig-Kandut dazu.

Die vorgesehene Neuregelung im Pensionssystem widerspreche dem Gleichbehandlungsgebot der Österreichischen Bundesverfassung und auch dem Gebot des "gender mainstreaming" auf der EU-Ebene, stellte auch die Frauen- und Gleichbehandlungsbeauftragte des Landes Kärnten, Helga Graftschalter, fest. Christine Bauer-Jelinek verlieh ihrer "großen Verwunderung" Ausdruck, "dass nicht alle Frauen in Österreich wegen der weitreichenden Auswirkungen der geplanten Pensionsreform jeden Tag laut aufschreien". "Es ist manchmal notwendig zu lernen, dass frau nicht immer geliebt wird, wenn sie ihre Interessen durchsetzen will", so Bauer-Jelinek.

(Schluss)

~

Rückfragehinweis: Kärntner Landesregierung
Landespressediens
Tel.: 05- 0536-22 852
<http://www.ktn.gv.at/index.html>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0122 2003-05-30/11:52

~

301152 Mai 03

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20030530_OTS0122